

Bedingungsloses Grundeinkommen

Zukunft oder Illusion?

Joerg Alt SJ

18.02.2019

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist in aller Munde. Dabei wurde es bislang nirgends praktisch erprobt sondern es ging bislang primär um Verbesserungen für Menschen am unteren Ende der sozialen Skala. Entsprechend werden auch vom Verfasser Lösungen für bestimmte armutsgefährdete Gruppen bevorzugt, in Verbindung mit einer Reform des aktuellen Steuer- und Abgaben- sowie Sozialsystem. Ergänzend wird ein Bedingungsloses Kapitaleinkommen für Deutschland, sowie die Unterstützung von Basic Income Grant Programmen für arme Länder befürwortet.

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Inhalt

1	Was ich ablehne	2
2	Was mir Fragen stellt	7
3	Diskussion existierender Modelle	8
3.1	Abzulehnen	8
3.2	Überlegenswert: Garantiertes Grundeinkommen	11
3.3	Befürwortet	12
3.3.1	Ersetzen von Sozialhilfe, Grundsicherung, Hartz IV und ALG 2.....	12
3.3.2	Solidarische Alterssicherung	13
3.3.3	Kinder-Grundeinkommen	15
3.3.4	Social Stipend Grant.....	16
3.3.5	Fonds Idee	17
3.3.6	Basic Income Grant für arme Länder	18
3.3.7	Postwachstum und Grundeinkommen.....	18
4	Finanzierung	19
4.1	Wertschöpfungssteuer	19
4.2	Besteuerung natürlicher Ressourcen/Verschmutzung	19
4.3	Grundrenten und andere Vermögensteuern	19
4.4	Besteuerung von Finanztransaktionen	20
5	Realisierbarkeit in Bayern?	20
6	Literaturverzeichnis.....	21

Zunächst einmal: Ich bin kein Experte für dieses Thema – ich habe mich erstmals für diese Veranstaltung¹ damit beschäftigt, aber auch, weil es immer öfters auf der Tagesordnung steht. Es gibt einige Punkte, in denen ich mir klar und sicher bin. Es gibt für mich viele offene Fragen und Probleme. Und es gibt für mich Tendenzen, zu denen ich etwas sagen kann.

1 Was ich ablehne

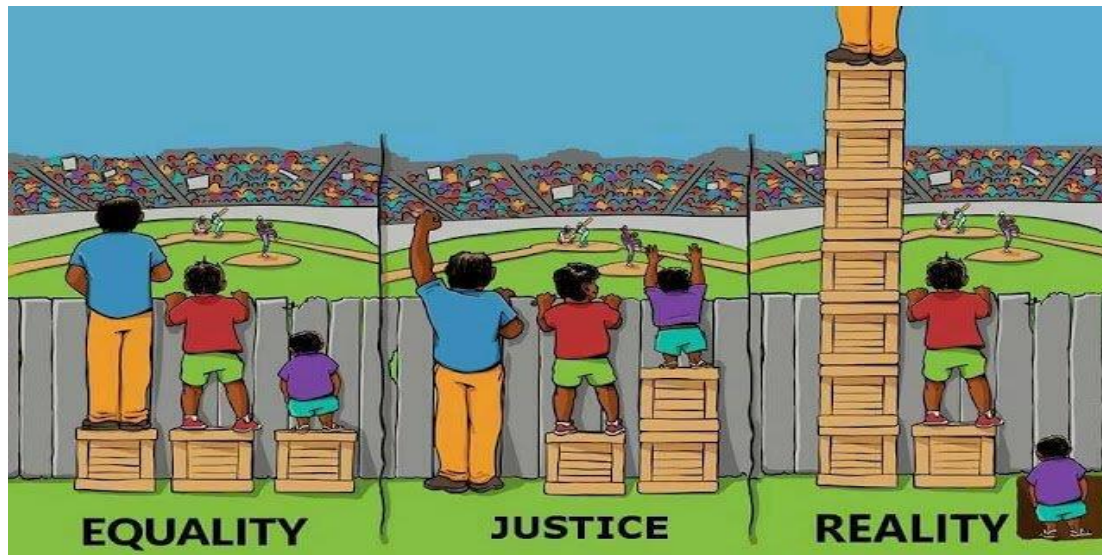
Ich bin gegen ein **Bedingungsloses** Grundeinkommen (BGE) **für alle**.² Schaut man auf die Realität in unserem Land ist mir beim Gedanken, dass alle, auch (Super-) Reiche, auch Leute mit gut bezahlten Jobs und der existierenden Spanne zwischen „Super-Salaries“ und Sozialhilfe, dieses Geld auch noch obendrein bekommen sollen, sehr unwohl. Wenn es aber durch Steuerzahlungen gleich wieder wegfällt ist es nicht „bedingungslos“ (Butterwegge, 2016) und man kann es dann doch gleich bleiben lassen.

Wo ich (a.) angesichts der Realität das Problem sehe, was (b.) das BGE bietet und wohin wir (c.) uns bewegen sollten illustriert diese Grafik:

¹ Bedingungsloses Grundeinkommen: Zukunft oder Illusion? Podiumsdiskussion. Veranstalter: Evangelische Hochschule und Evangelische Stadtakademie Nürnberg, 20.6.2018

² „Ein *Grundeinkommen* ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt.“ <https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/idee>

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!



Dieses Bild illustriert zweierlei: Zunächst sind Menschen sozio-ökonomisch unterschiedlich aufgestellt, sodann ist nicht jeder Mensch von Natur aus gleich, sondern zugleich auch von Natur aus verschieden. Entsprechend muss man beides angemessen würdigen. Beim Grundeinkommen bekäme jeder auf dem rechten Bild eine Kiste dazu, die aber in der realen Welt den Reichen reicher, den Armen nur unwesentlich besser stellen würde – entsprechend auch die Parallelen zwischen dem rechten Bild und der aktuellen Einkommens- und Vermögensungleichheit (→ Folie). Aus der Folie wird zudem erkennbar: Nicht Einkommensungleichheit ist das Problem in Deutschland - es ist die Vermögensungleichheit. Und an die rüttelt meines Wissens niemand ernsthaft, der ein BGE fordert.

Eine gleichmacherische Politik des Grundeinkommens quasi nach dem Gießkannenprinzip verstößt gegen vorherrschende Gerechtigkeitsverständnisse. Das Grundeinkommen strebt zwar eine für jeden gleich hohe Minimalabsicherung an, der Spezialbedarf vieler Menschen, etwa von Schwerstbehinderten, die teure Geräte oder eine Vollassistenz brauchen, von Schwangeren oder Alleinerziehenden werden hingegen missachtet.

Das aktuelle Sozialfürsorgesystem in Deutschland folgt zumindest prinzipiell folgenden Konzepten:

- nach Bedarfsgerechtigkeit - wer nichts hat, soll viel, wer viel hat, soll nichts bekommen - ,
- nach Leistungsgerechtigkeit - wer viel leistet, soll viel, wer wenig leistet, wenig bekommen - und
- nach Verteilungsgerechtigkeit - alle sollen gleichermaßen am gesellschaftlichen Reichtum des Landes beteiligt werden.

Auf diesem Hintergrund finde ich unseren Sozialstaat im Prinzip gut und richtig, der von einem Existenzminimum für alle ausgeht, aber auch schaut, dass jeder entsprechend seiner individuellen Bedürfnissen Unterstützung erhält. Ich möchte eine solche individuelle, an der Bedürftigkeit orientierte Hilfestellung, sichergestellt wissen. Hinzu kommen andere Errungenschaften des Sozialstaates, die Anhänger des BGEs und andere, die ihn für ein überholtes Relikt aus vergangener Zeit ansehen, gerne übersehen: Es geht nicht nur um Geld, es geht auch um nicht-finanzielle Hilfeleistungen (Integrations- oder Hausaufgabenhilfe) sowie Investitionen in öffentliche Güter, die von allen genutzt werden können, etwa die

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

„Bildungsinfrastruktur“. Insofern brauchen wir eher mehr Verteilungsgerechtigkeit als weniger:

Dass der Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit gerade unter den Bedingungen der Zunahme sozialer Spaltungen, die das Gemeinsame Wort von 1997 noch herausgestellt hatte, die Verteilungsgerechtigkeit vorausgehen muss bzw. als integraler Bestandteil von Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit zu situieren ist, wird nicht herausgearbeitet.³

So, wie es aktuell läuft, ist sicher nicht optimal, aber mir geht es hier um das Prinzip, nicht seine Umsetzung und auch hier muss ich zugeben: Ich halte es für sinnvoller, Experten-Hirnschmalz hierauf zu verwenden als auf das Bedingungslose Grundeinkommen!

Ergo und zusammenfassend:

„Das bedingungslose Grundeinkommen wirkt egalitär, ist aber in Wirklichkeit elitär, weil es nach dem Lebensentwurf eines Lottogewinners oder eines reichen Müßiggängers konstruiert wurde.“ Den griechischen Philosophen des Altertums ist bekannt, dass Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden muss, soll es gerecht zugehen. Milliardären denselben Geldbetrag wie Müllwerkern und Multijobberinnen zu zahlen, verfehlt das Ziel einer "austeilenden Gerechtigkeit" (Aristoteles), weil die sozialen Gegensätze nicht beseitigt, sondern zementiert würden.⁴

„Ein Grundeinkommen für alle macht Ungleiches gleich. Es mag gerecht und nach Chancengleichheit klingen, wenn jeder dieselben Ausgangsbedingungen hat. Aber Menschen sind nicht gleich. Sie bringen unterschiedliche Fähigkeiten mit, erleiden Schicksalsschläge, werden von schweren Krankheiten getroffen, deren Behandlung ungemein teuer sein kann. (Borchardt, 2016)

Zweitens: Die Notwendigkeit des BGEs wird oft damit begründet, dass gute Arbeit seltener wird, zu teuer wird und deshalb abwandert, Erwerbsbiographien zunehmend löchrig werden und der Wandel durch Digitalisierung und Robotisierung vorweg genommen werden soll. Aber: Arbeit ist von viel größerer Bedeutung, als dass es nur um das Verhältnis von Beschäftigung und Bezahlung ginge. Arbeit ist von eminenter Bedeutung für die menschliche Person: Arbeit, und zwar in den drei Formen von bezahlter Erwerbsarbeit, privat geleisteter und gemeinwesenorientierter Arbeit, ist nach der Katholischen Soziallehre ein Wert in sich und Ausfluss der menschlichen Personwürde. Und so sagt auch Papst Johannes Paul II in *Laborem Exercens*:

Der „Zweck der Arbeit, jeder vom Menschen verrichteten Arbeit – gelte sie auch in der allgemeinen Wertschätzung als die niedrigste Dienstleistung, als völlig monotone, ja geächtete Arbeit – (bleibt) letztlich immer der Mensch selbst.“ in seiner Gleichheit und Verschiedenheit.⁵

Dabei sollte man nicht vorschnell Berufe als „unwürdig“ abqualifizieren. Ich kenne glückliche Müllwerker ebenso wie Straßenreiniger und vor allem Pflegekräfte.

³ S. 3 von Michael Schäfers *Das Soziale neu Denken – von der Sozialfürsorge zur Armenfürsorge?* Stellungnahme. Siehe

https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/StellungnahmeKommissionsPapier.pdf

⁴ Butterwegge SZ Außensicht am 11.10.2017 www.sueddeutsche.de/wirtschaft/aussenansicht-das-grundeinkommen-ist-nicht-egalitaer-sondern-elitaer-1.3702230

⁵ (Pontifical Council for Justice & Peace, 2005) Nr. 272, Zitat aus *Laborem exercens* Nr 6 von Johannes Paul II

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Ergo: Arbeit ist aus kirchlicher Sicht zunächst einmal ebenso unbepreisbar und unbezahlbar wie die Menschenwürde. Dass aber Arbeit mehr ist als nur monetäre Entlohnung und dies auch und gerade in der aktuellen Spannung zwischen Globalisierungsgewinnern und –verlierern sowie den Abstiegsängsten weiter Bevölkerungsgruppen eine Rolle spielt, wird auch außerhalb der Kirche so gesehen, etwa vom Harvard Philosoph Michael Sandel: **Wichtig ist angesichts des wachsenden Populismus**

die Wiederherstellung von Würde, die durch die Entwertung von Arbeit und die Aufwertung von Kapital für einen Großteil der Bevölkerung beschädigt worden ist. Die Transformation der herkömmlichen Arbeitswelt durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz wird diese Entwicklung in naher Zukunft noch verschärfen. Was tun mit denen, die überflüssig werden? **Ein Bedingungsloses Grundeinkommen kann diesen Bedeutungsverlust nicht wettmachen** (Sandel, 2018, S. 120), Herv.d.V.

De facto ist es nun aber so, dass Entlohnung von Arbeit eines der gesellschaftlich anerkanntesten und verbreitetsten Mittel ist, um die Wertschätzung gegenüber geleisteter Arbeit auszudrücken.

Und hier macht mich die starke Unterstützung eines Bedingungslosen Grundeinkommens durch Wirtschaftsbosse in Inland (Höttges, Kaeser, Werner...) und Ausland⁶ besonders misstrauisch: Es legt nahe, dass das private und betriebliche "Großkapital" durch seine vorgetäuschte „Progressivität“ in gesellschaftlichen Debatten einen Ausweg aus der Notwendigkeit wittert, angemessene Löhne zu zahlen: Wenn ja eh schon jeder ein Grundeinkommen hat – warum denn das noch? Dann doch lieber mehr Wettbewerbsfähigkeit und Profite für Investoren durch niedrigere Löhne oder erlassener Beiträge für die Sozialversicherungen auf Kosten des Steuerzahlers, der Niedriglöhne, Minijobs (staatsfinanzierte Sozialbeiträge) oder Kombilöhne (siehe etwa 3.2.1 zu BKU „Hintergedanken“). No way.

Damit zusammenhängend sind viele Finanzierungsvorschläge für das Bedingungslose Grundeinkommen unfair:

- Götz Werner befürwortet eine Finanzierung durch Streichungen von Bedarfsleistungen sowie einer Erhöhung indirekter (Konsum-)Steuern (siehe 3.1),
- Andere Modelle (Strengmann Kuhn, Althaus) sprechen sich für eine Einkommensteuer Flat Tax aus, teils in Kombination mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer.

All dies versetzt mir einen Stich, weil es gegen das Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit sowie das Erfordernis von Umverteilung und Förderung von Chancengerechtigkeit verstößt.

Es ist doch wirklich erstaunlich, dass nirgends von Vermögensbesteuerung die Rede ist, dabei ist, wie in Folie 2 gezeigt, Vermögensungleichheit das eigentliche Problem und Steuerpolitik

⁶ „Wenn das Silicon Valley ein Grundeinkommen propagiert, stehen dahinter handfeste ökonomische Interessen. Die Unternehmen der Plattform-Ökonomie mit ihren Arbeitsplätzen à la Uber oder Amazon Mechanical Turk, wo Arbeit auf Nachfrage geleistet und in Stückzahlen vergütet wird, müssen sich heute zunehmend wegen prekärer Arbeitsverhältnisse rechtfertigen. Deren Arbeitnehmer, sofern sie denn überhaupt als solche bezeichnet werden können, sind auf sich gestellt und haben keinerlei Rechte und soziale Absicherung. Hätte jeder der Auftragsarbeiter ein festes Sockeleinkommen, stünden diese Firmen deutlich weniger unter Beschuss.“ (Borchardt, 2016)

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

soll auch hier umverteilend tätig werden. Dies gilt umso mehr, da der Steuerwettbewerb auch die Sätze bei persönlicher und betrieblicher Einkommenssteuer gesenkt hat, die Vermögensteuer abgeschafft wurde und auch sonst die relative Belastung Vermögender trotz steigender Zahlungen kontinuierlich sinkt (→ Folie)! Nach den gängigen Empfehlungen würden Sozialhilfeempfänger, kleine und mittlere Einkommen unverhältnismäßig benachteiligt, Großverdiener und Konzerne würden von diesem Vorschlag prächtig profitieren. Wieder: No way.

Deshalb muss es uns zuerst und zunächst um menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie gut verteilte, sozial verträgliche und gut bezahlte Arbeit gehen. Dies verweist zuerst und zunächst auf die Bedeutung angemessener Löhne sowohl in der Privatwirtschaft als auch in jenen Jobs, die über Steuergelder, Sozialkassen und Versicherungsträger bezahlt werden: Möglichst viel der geleisteten Arbeit muss angemessen durch die jeweiligen Arbeit- und Auftraggeber vergütet werden, bevor man auch nur anfängt, über ergänzende Zahlungen aus Steuermitteln („Aufstocker“, „Kombi-Löhne“, Mini-Jobs mit ihrer Übernahme der Sozialversicherung...) nachzudenken. Und natürlich geht es hier um gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Und wenn man es dann irgendwann tut, **sollte es bei der Finanzierung dort, ebenso wie bei der Finanzierung von bedingungslosem Grundeinkommen auch um eine verteilungsgerechte Finanzierung gehen, also eine Umverteilung von oben nach unten.** Dies widerspricht schonmal allem Drehen an der Mehrwertsteuerschraube.

Drittens: Ein finanzielles Einheitshandout an alle im Land mag in Halle oder Eisenhüttenstadt zum Leben reichen, nicht aber in München und Starnberg. Was wiederum Zuschläge und Ausgleichs erfordern würde, was wiederum die Einheitlichkeit zerstören würde etc.

Das vierte Problem: Eine zu optimistische Sichtweise des Bedingungslosen Grundeinkommens für alle ergibt sich aus verfassungsrechtlichen Probleme. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf erforderliche Veränderungen des aktuellen Sozialversicherungssystems, etwa bezüglich aufgrund des Äquivalenzprinzips feststehender Rentenansprüche (Strengmann-Kuhn, 2007). Man kann nicht einfach Bestehendes durch etwas radikal anderes ersetzen, ohne dass gerechtfertigte Ansprüche unter die Räder kommen. Dem gilt es Rechnung zu tragen.

Interessanterweise haben die Befürworter gegen viele meiner Einwände eine Antwort: Auf der Website www.grundeinkommen.de wird beispielsweise bei „Fragen und Antworten“ betont:

- „Ein Grundeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland würde viele steuerfinanzierte Sozialtransfers zusammenfassen“ (aber offensichtlich nicht alle)
- „In welcher Form beitragsfinanzierte Sozialsysteme künftig gestaltet werden – ergänzend zu einem steuerfinanzierten Grundeinkommen –, ist weiteren Diskussionen vorbehalten.“
- „Gibt es noch Wohngeld, wenn das Grundeinkommen eingeführt wird? Ja – wie heute in bestimmten Fällen.... Es muss außerdem bedacht werden, dass für das Wohngeld auch die Einkommen der im Haushalt Lebenden geprüft werden.“
- „Ein Grundeinkommen ersetzt soziale Unterstützung sowie öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen nicht. Jeder Mensch, der soziale Unterstützung benötigt, hat ein Recht darauf. Soziale Unterstützung sowie öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen müssen deshalb so ausgebaut werden, dass sie den Bedürfnissen der

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Nutzerinnen und Nutzer genügen. Allgemeiner ungehinderter Zugang muss gewährleistet sein. Das Recht auf soziale Unterstützung ist genauso ein Grundrecht wie der Zugang zu Bildung, Kultur, Wissen, öffentlichem Verkehr und Gesundheitsversorgung. Auch diese Bereiche müssen dazu beitragen, allen Menschen eine umfassende, selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Politische Argumente, die das Grundeinkommen gegen soziale Unterstützung sowie öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen ausspielen, verkennen, dass Geld allein nicht ausreicht, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.“

- Usw.

Die Frage, die sich stellt ist: Würde auch nach Einführung des Grundeinkommens eine Verwaltungsinfrastruktur benötigt sowie öffentliche Güter und Dienstleistungen? Dies würde aber weiterhin viel Geld kosten, wobei doch der Charme des Bedingungslosen Grundeinkommens bei vielen davon lebt, dass ein übergroßer Verwaltungsapparat wegfallen würde und dessen bisherige Finanzierung in die Finanzierung eines Grundeinkommens umgeleitet werden soll! Klarer Fall: Bedingungsloses Grundeinkommen plus fortbestehende Verwaltungsinfrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen sind absolut nicht finanzierbar!

Damit komme ich zu meinen Fragen und Problemen:

2 Was mir Fragen stellt

Das erste Problem vertieft die bereits angesprochene Krise menschlicher Arbeit: Sie steckt in einem Wandel, dessen Ende nicht absehbar ist. Dabei wird gute Arbeit immer weniger. Es gibt immer mehr Jobs, die keine effiziente gewerkschaftliche Organisation mehr haben, die entsprechend schlecht bezahlt werden und wo arbeitsrechtliche Bestimmungen mit den Füßen getreten werden. Stichwort: Von Gesundheitskonzernen angebotene Kliniken, private Kranken- und Altenpflege, Teilzeit und andere Formen prekärer Beschäftigung (Transport, Landwirtschaft, Hotellerie...). Hinzu kommen die globalisierungsbedingten Verlagerungen von Arbeit sowie die Bedrohung von Vollbeschäftigung durch Mechanisierung, Robotisierung und Digitalisierung mit drohender Arbeitslosigkeit, die zunehmend unterbrochenen Erwerbsbiographien, der Wechsel von gut bezahlten zu prekären Beschäftigungsverhältnissen usw., was nicht nur Auswirkungen auf Einkommen hat, sondern auch auf soziale Absicherung und v.a. Rentenansprüche. Auch in diesen Kontext fällt das Problem der ungleichen Bezahlung für gleiche Arbeit (Mann-Frau, Vollzeit-Teilzeit-Leiharbeit, In- und Ausländer...).

Freilich: All diese Probleme sollten nicht durch das Grundeinkommen gelöst werden, sondern durch Anstrengungen von Tarifpartnern, Gesetzgebern, Kunden, Arbeits- und Auftraggebern. Und wo es keine Gewerkschaften gibt, sind Arbeitgeber und andere Formen der Personalvertretung sowie der Gesetzgeber in der Pflicht. Zwischen diesen Gesprächspartnern geht um die Sicherstellung angemessener Bezahlung für geleistete Arbeit in einem menschenwürdigen Kontext oder die Überarbeitung, Anpassung und Ausstattung der Sozialversicherungssysteme unseres Landes. Hierher gehört meiner Meinung nach

- die Frage der Flächentarifverträge oder Allgemeinverbindlichkeitsregelungen für tarifliche und gesetzliche Mindestlöhne,
- das Ende von sachgrundlosen Befristungen, Scheinselbstständigkeit,
- Klagerecht für „illegale“ Ausländer bei Ausbeutung,
- die Frage nach zahlungskräftigen Arbeitgebern und Anstellungsträgern

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

- die Frage nach gut gefüllten Sozialkassen und Versicherungsträgern und die Frage, wie diese aus gesetzlichen, privaten, betrieblichen und staatlichen Töpfen gespeist werden können.⁷

Das zweite Problem, das ich sehe, ist bislang unbezahlte Arbeit in unserer Gesellschaft, sei es im Haushalt, im Ehrenamt oder sonstwo – hier könnte ich mir vorstellen, dass eine Art Grundeinkommen eine angemessene Anerkennung sein könnte.

Das dritte Problem: Der bevorstehende dramatische Wandel unserer Arbeitswelt durch Mechanisierung, Robotisierung und Digitalisierung. Ob so viele Millionen Jobs vernichtet werden wie befürchtet sei dahingestellt. Klar ist: Die Menschen, die „überflüssig“ werden, sind nicht jene, die qualifiziert genug sind, die neu entstehenden Jobs zu füllen. Außerdem sehe ich nichts prinzipiell Schlimmes, wenn *ddd* Jobs durch Maschinen gemacht werden.

Weil die Welt der Arbeit sich wandeln wird und Wertschöpfung zunehmend von Maschinen, Robotern und digitalen Einheiten geschaffen wird, gerät auch menschliche Arbeit als Steuerfaktor unter Druck und der Fairness halber sollte man dort, wo Produktivität wächst, steuerlich stärker zuzahlen.

3 Diskussion existierender Modelle

3.1 Abzulehnen

Solidarisches Bürgergeld v. Dieter Althaus:⁸ Finanzierung durch Einkommensteuer Flat Tax, Abschaffung der reduzierten Mehrwertsteuer auf alles außer Lebensmittel und Getränke, für den Rest ein einheitlicher Satz von 19% auf alles. Scheidet aus.

Strengmann-Kuhn (2007), gut ist: Geht auf Problem der garantierten Rentenansprüche ein und orientiert sich an Schweiz und Schweden. Finanzierung: Für einige Grundeinkommen aus Arbeitslosen- und Rentenversicherung, die anderen aus Einkommens-Flat-Tax. Aber: Flat Tax ist aber stets Verstoß gegen Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, deshalb ungerecht, deshalb abzulehnen.

Thomas Straubhaar: Will im Sozialleistungs-Verwaltungsapparat einsparen, darüber hinaus durch Wertschöpfungs- und Einkommensteuer auf alle Formen des Einkommens (auch Digital). Nicht ganz so übel, durch Abschaffung des herkömmlichen Sozialstaats ist aber nicht mehr einzelfallgerecht und trägt den verschiedenartigen Bedürfnissen keine Rechnung mehr.⁹

Michael Müllers „Solidarisches Grundeinkommen“:¹⁰ Letztlich eine Neuauflage von ABM.

⁷ Auf jeden Fall weg mit privaten und kapitalgedeckten Lösungen und zurück zum Solidar-/Umlagesystem, auch die Frage nach Einbeziehung von Gruppen, die aktuell nicht zahlen. Ob das dann eine Bürgerversicherung oder sonstwas ist: Keine Ahnung. Jedenfalls sehe ich hier lohnenderen Diskussionsbedarf. Die KAB, deren Grundeinkommensmodell ich teile, fordert eine Bürgerversicherung mit verdoppelter Beitragsbemessungsgrenze.

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Solidarisches_B%C3%BCrgergeld

⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungsloses_Grundeinkommen#Wertsch%C3%B6pfungssteuer sowie <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/thomas-straubhaar-buch-bedingungsloses-grundeinkommen-auszug/seite-2>

¹⁰ <https://www.zeit.de/2018/15/solidarisches-grundeinkommen-alternative-hartz-iv-michael-mueller>

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Am meisten diskutiert wird der Vorschlag zum Bedingungslosen Grundeinkommen von Götz Werner.¹¹ Hier soll die Einkommensteuer und vermögensbezogene Steuern abgeschafft werden und die Finanzierung durch eine erhöhte Konsumsteuer erfolgen:

Wir schlagen vor, alle Steuern durch eine einzige Verbrauchssteuer zu ersetzen, mit der dann sämtliche staatlichen Aufgaben finanziert werden können. Unser Steuersystem setzt bisher an der völlig falschen Stelle an: Es besteuert vor allem die Leistung der Menschen, also Einkommen und Gewinne, dafür aber nur in geringem Umfang den Konsum. Wir begehen eine Art Knospenfrevel, indem wir die jungen Blüten hoch besteuern, anstatt erst bei den reifen Früchten zuzulangen. Wir plädieren für eine Umkehr: Besteuerung der Leistung abschaffen, dafür den Konsum besteuern.

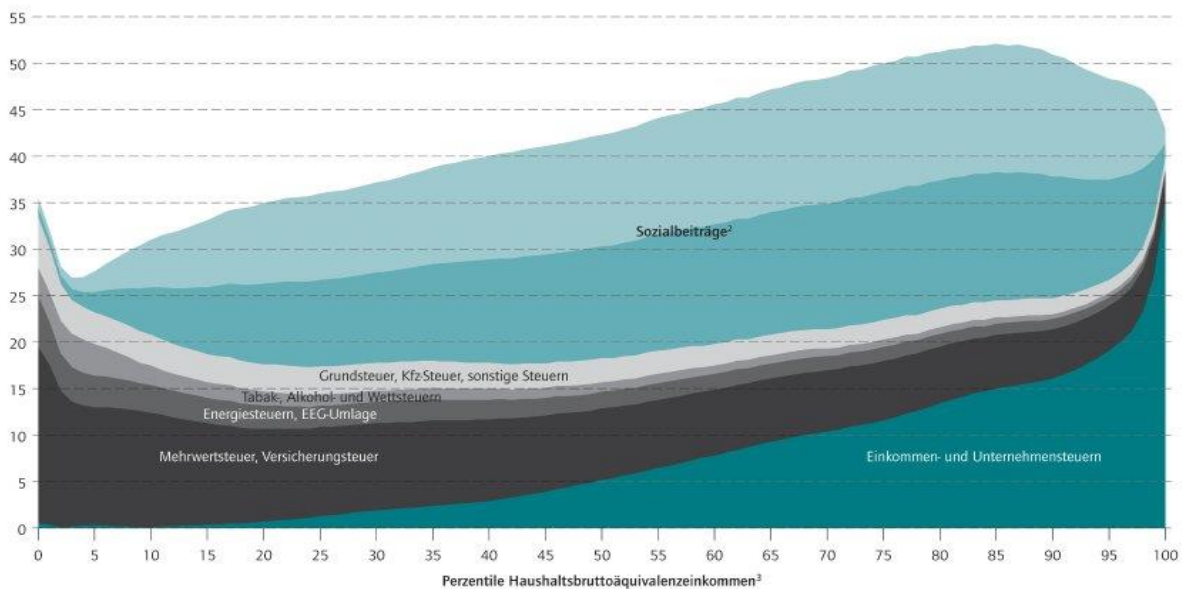
Der Steuersatz bei ihm läge dann auf ca. 45-50%

Umverteilung ist eine Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln, als an Unternehmen und Fabriken, aber sie ist nicht Aufgabe des Steuersystems. Steuern haben nur einen einzigen Zweck: Sie schöpfen jenen Anteil vom gesellschaftlichen Wirtschaftsergebnis ab, der zur Finanzierung gesellschaftlich erwünschter Aufgaben notwendig ist. Unser aktuelles Steuerrecht schröpft auf der einen Seite Normalverdiener und lässt auf der anderen Seite Einkommensmillionären zahlreiche Schlupflöcher. Mit einer einheitlichen Verbrauchssteuer änderte sich das. Am Ende kann selbst der reichste Mensch sein Geld doch nur ausgeben, investieren oder verschenken. So oder so: Irgendwann geht das Geld in den Konsum. Und dann wird es versteuert.¹²

Dies verstößt gegen Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und belastet vor allem arme und mittellose Haushalte über Gebühr.

Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens 2015¹

Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik



¹ Werte polynomisch geglättet.

² Häufige Aufteilung der Sozialbeiträge.

³ Äquivalenzgewichtet mit der neuen OECD-Skala.

Quelle: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015.

Finanzierung über eine negative Einkommensteuer. Hier entsteht das Grundeinkommen

¹¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungsloses_Grundeinkommen#Besteuerung_des_Konsums

¹² <http://www.fr.de/wirtschaft/interview-man-kann-zu-einem-miesen-job-nein-sagen-a-1314161>

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

„als ein von den Behörden zu erstattender Steuerbetrag, der mit der Steuerschuld auf Erwerbseinkommen verrechnet wird. Dabei wird das Erwerbseinkommen zunächst mit einem – in den zur Diskussion stehenden Modellen in der Regel konstanten – Steuersatz belastet. Von der Steuerschuld wird dann das Grundeinkommen abgezogen. Ist der so entstandene Betrag negativ, weil die Steuerschuld geringer als das Grundeinkommen ist, erfolgt eine Auszahlung um diesen Betrag; andernfalls ist der Betrag an die Steuerbehörde zu entrichten. Menschen ohne Erwerbseinkommen erhalten so das volle Grundeinkommen ausgezahlt. Mit jedem zusätzlichen Verdienst steigt das Nettoeinkommen um den mit dem Steuersatz multiplizierten Verdienst an, sodass zu jeder Zeit ein Anreiz, zusätzliches Einkommen zu erwerben, besteht.“¹³

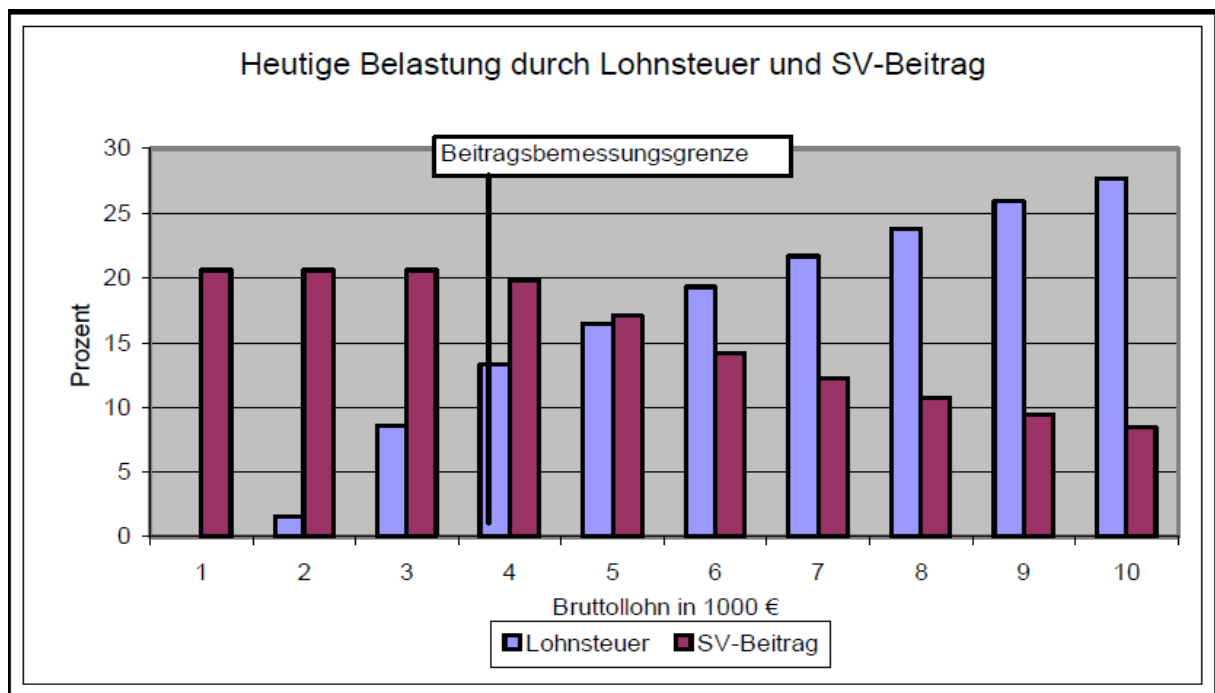
Diese Idee einer negativen Einkommensteuer greift auch der BKU in seinem Vorschlag eines „Aktivierenden Grundeinkommens“ auf (Bund Katholischer Unternehmer, 2013), indem er für ein „integriertes Steuer-Transfer-System“ wirbt, in dem der Arbeitswillige und Arbeitende stets besser gestellt ist als der bloße Hilfeempfänger. Die Notwendigkeit von Steuermitteln zu den Löhnen wird damit begründet, dass, wenn Löhne zu hoch sind, Jobs in Niedriglohnländern verlegt werden. Entsprechend gälte es, Löhne im Niedriglohnsektor mit Steuerzuschüssen aufzustocken.¹⁴

Gut:

- ➔ Ist transparent und relativ einfach zu verwalten.
- ➔ Überlappung mit Straubhaar

Aber:

- ➔ Bei jenen, die aufgrund Steuerbefreiung auch keine negative Einkommensteuer erhalten können, braucht es eben doch ein zusätzliches Transfer-Einkommen bzw. eine Lösung für die Belastungen durch die Sozialabgaben.



Source (Arbeitskreis Ökonomie und Kirche, 2009, p. 5)

¹³ https://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungsloses_Grundeinkommen#Negative_Einkommensteuer

¹⁴ Siehe auch: Negative Steuern statt Mindestlohn (21.9.2009) Deutschlandfunk.

http://www.deutschlandfunk.de/negative-steuer-statt-mindestlohn.694.de.html?dram:article_id=63708

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

- ➔ Ist dem aber so, dann scheint der Vorschlag insgesamt doch weniger „Effizienzgewinne“ zu beinhalten als suggeriert.
- ➔ Eine negative Einkommensteuer belastet nach wie vor Arbeitseinkommen aufgrund seines Finanzierungsansatzpunkts unverhältnismäßig und verfehlt deshalb Ziel einer gerechten Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit/Einkommen aus Kapital und Vermögen, es enthält auch keine Wertschöpfungssteuer.
- ➔ Beim BKU Vorschlag geht es letztlich um steuerfinanzierte Niedriglohnsüventionierung. Folgt man dem BKU Modell, können Arbeitgeber und Gewerkschaften „die unteren Lohngruppen wieder weiter nach unten... flexibilisieren ... , nachdem die Gewerkschaften sie weitgehend abgeschafft hatten mit dem Argument, die Beschäftigten müssten mindestens mit dem Lohn leben können.“ (S.3) Das macht mich sehr misstrauisch, da es die Versuchung enthält, sich vorschnell zu drücken, selbst wenn man angemessen zahlen könnte.
- ➔ Andererseits wäre darüber schon nachzudenken, wenn dadurch die Verlagerung guter Jobs vermieden werden kann.

Auch dieser Vorschlag ist nicht bedarfs- und Einzelfallgerecht

3.2 Überlegenswert: Garantiertes Grundeinkommen

Der KAB schlägt ein Garantiertes Grundeinkommen vor, dessen erster Vorteil gegenüber der negativen Einkommenssteuer plus Transfer ist, dass er von vornherein Pauschalauszahlungen für alle mit (mehr) Einzelfallgerechtigkeit verbindet. Eine Auszahlung steht am Monatsanfang, d.h. alle haben zum Monatsanfang Geld auf dem Konto, wenngleich es denen, die über dem Satz liegen, wieder wegbesteuert würde. Es ist sodann höher als BKU-Vorschlag, berücksichtigt individuelle Härten und erkennt besonderen Bedarf von Lebenslagen an.

Das Garantierte Grundeinkommen ersetzt die auf Fürsorgeprinzipien beruhenden und dementsprechend steuerfinanzierten sozialpolitischen Instrumente: Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung für nicht Erwerbsfähige, Kindergeld, BAföG etc. Die großen fünf Säulen der Sozialversicherung (Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung) bleiben erhalten. ... Ebenfalls dürfen die besonderen Hilfen in besonderen Lebenslagen nicht wegfallen, da sonst individuell prekäre Verhältnisse entstehen können. Pauschalierte Mehrbedarfe für Schwangere, Alleinerziehende, Diabetiker u.ä. ... sind einzuführen. Die Auszahlung des Grundeinkommens erfolgt über das Finanzamt. (Katholische Arbeitnehmerbewegung, 2008, S. 2)

Ein solches Garantiertes Grundeinkommen wäre an jede*n Bürger*in in Deutschland zu zahlen, an Nichtdeutsche nach 5 Jahren Wartefrist.

Das Garantierte Grundeinkommen würde dynamisch entlang der Entwicklung der SOEP Armutrisikoschwelle angepasst: Erwachsene mit dem Faktor 0,8, Kinder mit dem Faktor 0,5 und der Lebenslagenzuschuss mit dem Faktor 0,3 des Existenzminimums eines Einpersonenhaushalts. Konkret: Laut der SOEP 2018 Erhebung lag 2015 die Armutrisikoschwelle für Einpersonenhaushalte bei 1090 Euro/Monat. Dem würde die folgende Höhe eines monatlichen Grundeinkommens entsprechen:

- Erwachsene 872 Euro
- Kinder 545 Euro
- Bei Bedarf Lebenslagenzuschuss (Schwangere, Alleinerziehende...) 327 Euro.
- Bei Bedarf individuelle Härtezulagen.

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

- Bei Bedarf noch Wohngeld.¹⁵

Steuerfreibeträge schützen davor, dass das Geld bei Niedrigverdienern wieder „wegbesteuert“ wird, Sozialbeiträge werden nur für diejenigen Einkommen erhoben, die über das Grundeinkommen hinaus bezogen werden. Das aktuelle Sozialversicherungs- und -beitragssystem würde zu einer Bürgerversicherung reformiert, in die alle Berufsgruppen und alle Einkommensarten einbezogen sind, mit verdoppelter Beitragsbemessungsgrenze. Sind keine Nebeneinkünfte jenseits des Grundeinkommens vorhanden, werden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung vom Staat übernommen.

Oberhalb eines solchen Garantierten Grundeinkommens müsste Vorsorge getroffen werden, dass jene, die arbeiten, nicht schlechter gestellt sind als jene, die das Garantierte Grundeinkommen beziehen. Hier könnte man dann mit gleitenden/abschmelzenden Instrumenten arbeiten, die etwa der BKU für sein Modell vorschlägt, sodass man als arbeitender Mensch immer besser gestellt ist.

Dies ist jedenfalls der einzige Vorschlag, der über ein pauschales Grundeinkommen Vorkehrungen für individuelle Härten sowie bestimmte Lebenslagen vorsieht und entsprechend prinzipiell bedenkenswert ist.

→ Aber: Auch dies ist ein Modell, das Zahlungen an alle gibt, was ich ablehne.

3.3 Befürwortet

Klar ist: Die Situation für Menschen am untersten Ende muss drastisch verbessert werden, wobei die Verteilungs- und Einzelfallgerechtigkeit nicht unter den Tisch fallen dürfen.

Andererseits, auch aufgrund verfassungsrechtlicher Probleme, wäre für Deutschland vielleicht eher ein Bündel von Teilreformen nötig und möglich, vor allem etwa die Abschaffung von demütigenden Bedürftigkeitsprüfungen, eine Rentenreform, die Abschaffung privatfinanzierter und kapitalgedeckter Versicherungsleistungen und Rückkehr zum umlagefinanzierten Solidarsystem mit damit verbundener höherer Belastung von Singles und Entlastung von Familien mit Kindern, Einbeziehung nach Leistungsfähigkeit aller potenzieller Beitragszahler, damit verbunden eine Anhebung/Abschaffung der Beitragsbemessungsobergrenze usw.

Für Industrieländer mit etabliertem sozialem Sicherungssystem empfiehlt sich ohnehin ein solcher Umbau vorhandener Systeme hin zu einem echten Grundeinkommen für einzelne Personengruppen die besonders armutsgefährdet sind, im Fall von Deutschland wären dies v.a. Rentner und Kinder in Familien mit Alleinerziehenden gemäß dem Motto: Besser ein volles Grundeinkommen für bestimmte (bedürftige) Gruppen als ein partielles Grundeinkommen für alle.

Konkret:

3.3.1 Ersetzen von Sozialhilfe, Grundsicherung, Hartz IV und ALG 2

Eine sehr deutliche Aufstockung des Mindesteinkommens am unteren Ende für Bedürftige bei Wahrung der Einzelfallgerechtigkeit und gleichzeitiger Abschaffung des demütigenden

¹⁵ Mail-Zuschrift von Matthias Blöcher, KAB Grundsatzabteilung, am 19.6.2018

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

bürokratischen Wusts an Prüfungen, Verrechnungen und Anrechnungen wird etwa befürwortet von:

- Club of Rome (Randers & Maxton, 2016): Grundeinkommen für Bedürftige
- (Butterwegge, 2016) Soziale Mindestsicherung im Unterschied zu Hartz IV „bedarfsgerecht, armutsfest und repressionsfrei“.

Interessanterweise wurden (fast?) alle praktischen Experimente eines BGE nur mit armen oder Niedriglohnhaushalten durchgeführt – jedenfalls fand ich kein einziges, welches tatsächlich bedingungslos Geld an alle gab. Konkret:

- das US Experiment in den 1960er&70er Jahre mit einer negativen Einkommensteuer für Haushalte unter einer bestimmten Einkommensschwelle,
- das MINCOM Experiment in Kanada, in dem die Ärmsten der Stadt Dauphin zwischen 1974-78 ein Guaranteed Annual Income erhielten, ohne dass sich Befürchtungen über Sittenverfall oder Arbeitsunwilligkeit bewahrheiteten.
- das finnische Experiment gab nur ein Grundeinkommen für Arbeitslose zusätzlich zu deren Arbeitslosengeld.¹⁶
- Stockton wird mit den working poor arbeiten,¹⁷
- ebenso setzt Ontario auf Leute unter einer definierten Einkommensschwelle.¹⁸

➔ Aber: Dazu habe ich aber keine Ausarbeitung für Deutschland gefunden.

Damit bleibt realistischerweise die Unterstützung eines Grundeinkommens für besonders bedürftige Bevölkerungsgruppen:

3.3.2 Solidarische Alterssicherung

Beispielsweise das Rentenkonzept der fünf „Katholischen Verbände“:¹⁹ Ausgehend von der Berechnung des Garantierten Grundeinkommens würde eine „bedingungslose“ Sockelrente für jeden aktuell 872 Euro pro Monat betragen, darüber hinaus könnte dieser Betrag durch Einnahmen aus Segment 2 und 3 des Rentenmodells aufgestockt und ergänzt werden. Das Modell baut auf den vorhandenen Sozialversicherungsstrukturen auf, modifiziert, ergänzt und reformiert sie:


¹⁶ Zu USA, Finnland und Kanada in der Übersicht <https://www.nature.com/articles/d41586-018-05259-x>

¹⁷ Zu Stockton: “The city has yet to determine which of its residents will receive the funds, but the emphasis will be on finding a way to get the money to the ‘working poor’.” Rosenberg, E (4 June 2018) A city ponders whether \$500 a month, no strings attached, would help reduce poverty.

https://www.washingtonpost.com/news/post-nation/wp/2018/06/04/a-city-ponders-whether-500-a-month-no-strings-attached-would-help-reduce-poverty/?noredirect=on&utm_term=.a7904eb18a32

¹⁸ „How participants were chosen? ...living on a low income (under \$34,000 per year if you're single or under \$48,000 per year if a couple).” <https://www.ontario.ca/page/ontario-basic-income-pilot>

¹⁹ Siehe v.a. (Schneiders-Adams, 2007) sowie weitere Unterlagen von <http://www.lasst-euch-nicht-verarmen.de/dynasite.cfm?dsmid=77225&dspaid=640559>

 <h2 style="text-align: center;">Solidarische Alterssicherung</h2> <h3 style="text-align: center;">Die 3 Stufen des Rentenmodells</h3>												
Stufe 1 Sockelrente	Stufe 2 Arbeitnehmer- Pflichtversicherung	Stufe 3 zusätzliche Altersvorsorge										
Volksversicherung für alle EinwohnerInnen • Sicherung des Existenzminimums • Umlagefinanziert • Beiträge aus allen positiven Einkünften Sozialer Ausgleich	Pflichtversicherung für ArbeitnehmerInnen • Sicherung über das Existenzminimum hinaus • Umlagefinanziert • Beiträge vom Bruttolohn paritätisch AG/AN Äquivalenzprinzip (Gleichwertigkeit von Beitrag und Leistung)	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">betrieblich</td> <td style="width: 50%;">privat</td> </tr> <tr> <td colspan="2">• Lebensstandardsicherung</td> </tr> <tr> <td colspan="2">• Kapitaldeckung</td> </tr> <tr> <td colspan="2">• Beitragsfinanziert</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Risikoausgleich</td> </tr> </table>	betrieblich	privat	• Lebensstandardsicherung		• Kapitaldeckung		• Beitragsfinanziert		Risikoausgleich	
betrieblich	privat											
• Lebensstandardsicherung												
• Kapitaldeckung												
• Beitragsfinanziert												
Risikoausgleich												
Grundsatzreferat der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung KAB Deutschlands Lucia Schneiders-Adams												

1. Die Sockelrente schafft für jeden Menschen im Rentenalter eine Mindestsicherung in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums unabhängig von der individuellen Erwerbsbiographie. Die Einbeziehung aller in die Solidarität entlastet entscheidend den Faktor Arbeit und senkt die Beiträge für die Arbeitnehmer-Pflichtversicherung.
2. Die Arbeitnehmer-Pflichtversicherung ist leistungsorientiert, Dauer und Höhe der Beiträge entscheiden über die spätere Rentenhöhe. Sie garantiert gemeinsam mit der Stufe 1, dass auch weiterhin die Ansprüche aus Erwerbs- und Familienarbeit ein gutes Leben im Alter sichern.
3. Die betriebliche und private Altersvorsorge ergänzen die beiden ersten Stufen. Alle drei Stufen zusammen sichern zukünftig, dass bei veränderten Erwerbsbiographien eine Lebensstandardsicherung im Alter gewährleistet wird. (Schneiders-Adams, 2007)

Die Sockelrente wird durch eine solidarische Bürgerversicherung „umlagefinanziert“, in die alle Berufsgruppen einzahlen, eine Parität besteht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Beitrags-/Abgabenbemessungsgrenze wird nach oben geschoben, die Beiträge auf die positive Summe der Einkünfte aus allen Einkunftsgruppen erhoben. Weitere Vorteile:

- Es bewahrt erworbene Ansprüche
- Die Einbeziehung aller positiven Einkünfte führt langfristig zu einem geringeren Beitragssatz und entlastet den Faktor Arbeit
- Durch Reform des aktuellen Modells in eine Bürgerversicherung kommt es zu einer Umverteilung von oben nach unten
- Der demographische Wandel lässt sich besser bewältigen
- Keine existenzielle Not mehr, aber Leistung lohnt sich dennoch

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Das IFO Institut hat dieses Modell durchgerechnet und es sowohl für finanzierbar und verfassungskonform erklärt.²⁰

Jenseits des definierten Freibetrags würde die Rente weiterhin versteuert, sodass Bessergestellte durch die umlagefinanzierte Sockelrente nicht in gleicher Weise profitieren wie von Altersarmut Bedrohte.²¹

3.3.3 Kinder-Grundeinkommen

Ein weiterer konzeptioneller Vorschlag ist der eines Kinder-Grundeinkommens. Es wird auch von kirchlichen Gruppen befürwortet, etwa der KAB, dem BdkJ und der AEJ,²² aber nicht nur: Unterstützung kommt auch von der FDP,²³ dem Bündnis für eine Kindergrundsicherung,²⁴ oder dem Bündnis alleinerziehender Mütter und Väter.²⁵

Ausgehend von der Berechnung des Garantierten Grundeinkommens würde ein Kindergrundeinkommen aktuell nach KAB Berechnungen um die 545 Euro pro Monat betragen, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter schlägt indes 590 Euro vor. Dieses Kindergrundeinkommen würde Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, kinderbezogene Leistungen im Sozialgeld, Unterhaltsvorschuss, Ausbildungsfreibetrag und z.T. BAFöG ersetzen. Er würde bezogen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, sofern sich die Nutznießer in der Ausbildung befinden. Zu überlegen wäre, diesen Betrag bei jungen Erwachsenen, die einen eigenen Haushalt führen, auf den Erwachsenenatz des Grundeinkommens (aktuell 872 Euro) aufzustocken.

²⁰ Volltext: http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifo_Forschungsberichte_34.pdf

²¹ <https://www.vlh.de/krankheit-vorsorge/altersbeziege/wann-muss-ich-als-rentner-steuern-zahlen-und-wie-viel.html>

²² Eine sozial gerechte und notwendige Investition in die Zukunft – Das Garantierte Kindergrundeinkommen
Siehe

https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Fotos/Themen/Kindergrundeinkommen_BA_Beschluss.pdf
sowie das Sozialwort der kirchlichen Jugendverbände, S. 13f., <https://www.evangelische-jugend.de/jugendpolitik/sozialpolitik-kinder-und-jugendarmut/sozialwort/>

²³ Die es immerhin 2011 mal vorschlug <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-um-elterngeld-fdp-will-kinder-grundeinkommen-a-762952.html>

²⁴ Diesem gehören an: die Arbeiterwohlfahrt, die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, der Deutsche Kinderschutzbund, die Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie und Familientherapie, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung – Pro Familia, das Zukunftsforum Familie und der Verband berufstätiger Mütter, siehe <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/>

²⁵ <https://www.vamv.de/politische-aktionen/kindergrundsicherung.html>

5. Forschungsstand



Monatliches Einkommen in Euro, Ehepaar, 2 Kinder unter 6 Jahren

Brutto aktuell	Netto aktuell	Netto mit Kindergrundsicherung
1.500	2.048 (inkl. Sozialtransfers)	2.387 (+ 16,5%)
1.500 (verdeckte Armut)	1.519	2.195 (+ 44,5%)
3.000	2.454	2.868 (+ 16,9%)
6.000	4.260	4.589 (+ 7,7%)
9.000	6.186	6.341 (+ 2,5%)

Quelle: vereinfachte Darstellung nach Becker/Hauser 2010, S.58

22



In einem Vergleich der Optionen kommen Experten zu dem Schluss, dass eine Kindergrundsicherung mit der beste Weg sei, Kinderarmut nahezu auszumerzen und offene sowie verdeckte Einkommensarmut in Deutschland deutlich zu senken.²⁶

Die Frage ist auch hier, wie man mit den Haushalten umgeht, wo ein oder beide Elternteile zu den Gutverdienern gehören, die aber dennoch diese Kindergrundsicherung kassieren würden. Hier meint die KAB: Zunächst ist es ein Rechtsanspruch eines jeden Kindes, nicht der „Bedarfsgemeinschaft“ oder der Familie. Und: Durch die Streichung der anderen Leistungen (Kindergeld, -freibetrag, BAFöG) bleibt schon genügend an der richtigen Stelle hängen.²⁷

Insofern, und aufgrund seiner Verteilungswirkung, würde sich auch die Kindergrundsicherung als gute unter verschiedenen unvollkommenen Optionen zur Umsetzung lohnen.

3.3.4 Social Stipend Grant

Ein anderer Vorschlag kommt von Kai Fu Li: Er glaubt weder, dass noch vorhandene Arbeit besser verteilt werden soll oder ein Bedingungsloses Grundeinkommen die Lösung ist. Zwar ist er für eine garantierte Absicherung grundlegender Bedürfnisse, nicht aber für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Seiner Meinung nach braucht es ein neues Verständnis von (bezahlter) Arbeit (3235ff, 3412ff, 3433ff, 3614ff...), sodass Mechanisierbares und Kalkulierbares den Maschinen überlassen, aber alles, was emotionale Intelligenz erfordert (Mutter sein, Pflege, Lehren, Medizin, Counselling...) bezahlte Arbeit werden soll.

²⁶ „Gesamtfazit: Das partieller Grundeinkommen (für Kinder) ... bekämpft am wirkungsvollsten und zielgenauesten die Einkommensarmut und die verdeckte Armut.... Außerdem erfolgt... eine kräftige Umverteilung von oben nach unten.“ (Blaschke, 2011, S. 12). Blaschke diskutiert Vor- und Nachteilen einer Grundsicherung, einem erhöhten Kindergeld sowie einem Kinderzuschlag. Nicht untersucht ist die Rolle eines Kinderfreibetrags, der allerdings ohnehin meist den besserverdienenden Haushalten nützt.

²⁷ Zuschrift per Mail vom 19.6.2018

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Diese Berufe sind nicht so produktiv, dass sie für Märkte und Marktwirtschaft interessant wären, deshalb braucht es denn Staat und Steuern (3606f), um solche Tätigkeiten, die sehr geschätzt sind, angemessen zu entgelten. Und hier kommt sein Vorschlag eines Social Stipend Grants ins Spiel, welches gemeinwohlorientiertes Engagement finanziell honoriert:

The stipend would be a decent government salary given to those who invest their time and energy in those activities that promote a kind, compassionate, and creative society. These would include three broad categories: care work, community service, and education. These would form the pillars of a new social contract, one that valued and rewarded socially beneficial activities in the same way we currently reward economically productive activities. The stipend would not substitute for a social safety net—the traditional welfare, healthcare, or unemployment benefits to meet basic needs—but would offer a respectable income to those who choose to invest energy in these socially productive activities.

3.3.5 Fondsidee

Auffällig oft wird in den letzten Monaten und Jahren die Idee eines Staatsfonds diskutiert, allerdings weichen die verschiedenen Vorschläge (noch) weit voneinander ab:

Eine sehr umfassende Idee kommt vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen, der einen transformativen Staatsfonds/Zukunftsfonds fordert, der gespeist wird von einer Nachlasssteuer (nach US/UK Vorbild und nicht, wie bisher in Deutschland, als Erbanfall- und Schenkungsteuer) sowie aus Erlösen einer CO₂-Steuer bzw. dem Emissionshandel. Die Dividende des Fonds soll benützt werden, um „Transformationsverlierer“ zu kompensieren, etwa jene, die ihren Arbeitsplatz bei der Umstellung von fossiler auf Erneuerbare Energie verlieren oder Haushalte mit niedrigen Einkommen, die von der Energiewende direkt und indirekt unverhältnismäßig unterstützt werden. Außerdem können Investitionen des Fonds dort getätigt werden, wo es für Privatinvestoren nicht lukrativ ist, oder wo Risiken privater Investoren versichert werden sollen (WBGU, 2016).

Einen deutlicheren Akzent auf sozialer Gerechtigkeit/Chancengleichheit liegt anderen Vorschlägen zugrunde. Etwa die Idee eines Bedingungslosen Kapitaleinkommens/einer sozialen Dividende/sozialen Erbschaft, welches etwa vom Institut für Makroökonomie (IMK, 2017), Giacomo Corneo (Corneo, 2017) oder Timm Bönke (Bönke, 2017) (Bönke, Frank, & Harnack, 2018) ins Gespräch gebracht wird und in Staatsfonds wie dem Alaska Permanent Fund, oder dem Norwegischen Pensionsfonds schon verwirklicht sind. Aus diesem Fonds könnte jährlich eine soziale Dividende an jeden Bürger ausgeschüttet werden (Alaska), oder nur an Rentner (Norwegen), oder eine soziale Erbschaft an alle junge Erwachsene, die in ihr Berufsleben starten (Großbritannien, UK Child Trust Fund).

Ein solcher Staatsfonds könnte in Deutschland zudem gespeist werden durch Steuerüberschüsse, Währungsreserven, Steuern, Vermögensabgaben, Umschichtungen von Subventionen für privaten Vermögensaufbau, Öffentliche (Stille) Unternehmensbeteiligungen, oder Neuverschuldung durch die Neuemission von Bundesanleihen. Corneo geht von einer Aufbauzeit von ca. 15 Jahren aus und einem Auszahlungspotenzial von 800-900 Euro pro Jahr.²⁸

²⁸ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/I/inklusive-wachstum-praesentation-boenke.pdf?__blob=publicationFile&v=2 sowie als Übersicht <https://oxiblog.de/bedingungsloses-kapitaleinkommen-imk-ungleichheit-soziale-dividende/> und Utopisch? Bedingungsloses Kapitaleinkommen für alle Wallstreet Online, <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/9908808-utopisch-bedingungsloses-kapitaleinkommen>

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Ein solcher Fonds könnte weitere Probleme lösen. Etwa, dass aus ihm tendenziell längerfristige Investitionen getätigt werden, was sich wohltuend von der kurzatmigen Investitionskultur des „Shareholder-Value“ abheben würde (Bönke, 2017)

Ebenso würde es Probleme lösen, die es bei der Diskussion von Vermögen- und Erbschaft-/Schenkungssteuer gibt, weil der Eigentümer seiner Steuerpflicht nicht ohne Zerschlagung von Erbe oder Vermögen nachkommen kann. Hier könnte der Staat/Staatsfonds so lange als Stiller Teilhaber (und Profiteur) bei Großkonzernen mit am Tisch sitzen und mit-verdienen bis die Steuerschuld beglichen ist.

3.3.6 Basic Income Grant für arme Länder

Man sollte schließlich nicht versäumen, die armutsbekämpfende Wirkung eines Basic Income Grants in armen Ländern zu prüfen und entsprechend eine international finanzierte Variante, etwa 2 USD pro Tag und Person, ermöglichen.

Hier gilt es Langzeitexperimente auszuwerten, wie sie etwa in Kenia (über 12 Jahre)²⁹ oder Namibia (2008-2012)³⁰ laufen, wo Langzeitexperimente in besonders armen Gegenden durchgeführt werden und wurden.

Dazu gibt es Unterstützung in Deutschland,³¹ aber auch international.³²

3.3.7 Postwachstum und Grundeinkommen

Perspektivisch ist vermutlich nicht abzustreiten, dass menschliche Arbeit in allen Bereichen weniger werden wird. Wenn es tatsächlich gelingen sollte, neue Steuerquellen zu erschließen und zusätzlich nach Leistungsfähigkeit vorhandene Vermögen zu besteuern, dürfte dies erhebliche finanzielle Spielräume eröffnen, um menschliche Arbeit neu zu denken. Betreffend Erwerbsarbeit sollten eher Arbeitszeiten neu verteilen werden als eine harte Spaltung zwischen Vollzeitbeschäftigten und Arbeitslosen zu riskieren.

- Dies kann horizontal passieren, d.h. dass vorhandene Arbeit bei allen anders verteilt wird, etwa nach dem, was Nell-Breuning vorschlug als er für eine Drittelung zwischen bezahlter Arbeit, Freizeit und Ehrenamt plädierte – damit verbunden die Frage, ob und wie es in solchen Situationen mit vollem Lohnausgleich steht.
- Oder Arbeit kann im Hinblick auf die lebenslange Erwerbsbiographie neu aufgeteilt werden, etwa, dass man früher in Rente geht (Randers & Maxton, 2016). Hier ist dann die Frage, was dies für die Rentenhöhe bedeutet.

Eine solche Neuaufteilung würde die Ressource Erwerbsarbeit als Hauptweg zur gesellschaftlichen Teilhabe sparsam verwalten, aber zugleich unbezahlte und ehrenamtliche

²⁹ <https://www.businessinsider.de/kenya-village-disproving-biggest-myth-about-basic-income-2017-12?r=UK&IR=T> oder <https://www.businessinsider.de/basic-income-study-kenya-redefining-nature-of-work-2018-1?r=US&IR=T>

³⁰ <https://basicincome.org/bien/pdf/munich2012/haarmann.pdf> sowie <https://basicincome.org/news/2017/11/namibia-may-considering-basic-income-grants/>

³¹ Ulrich Hemel (26.2.2012) World Minimum Allowance: \$2 Everyday. In: <https://www.fairobserver.com/region/africa/world-minimum-allowance-2-everyday/>

³² MMTc, WBCA, WMCW (18.9.2013) Internationaler Aktionsplan der WBCA „für ein universelles Basiseinkommen“ <http://mmtc-infor.com/de/archivo-3/84-internationaler-aktionsplan-der-wbca-fuer-ein-universelles-basiseinkommen>

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Arbeit auswerten. Entsprechend kommt es in diesem Zusammenhang auch zu einem „Zusammendenken“ von Postwachstums- und Grundeinkommensbefürwortern.³³

4 Finanzierung

Wie kann der Einstieg in das Grundeinkommen finanziert werden? Zunächst natürlich durch Einsparungen im bisherigen Verwaltungs- und Erteilungssystem (Straubhaar, 2016).

Besonders wichtig wäre sodann aus Gerechtigkeitsgründen, beim Einkommen jenseits von Arbeit stärker zuzulangen und das nicht nur durch Abschaffung der Abgeltungsteuer. Auch sollten wir jüngst entstandene Steuerfaktoren stärker in den Blick nehmen, etwa Maschinensteuern oder die Besteuerung digitaler Arbeitsplatzvernichtungskonstrukte.

Hinzu kommen Aufgaben, die mit Ressourcen- und Klimaschutz zu tun haben und von denen ebenfalls soziale Dividenden gezahlt werden können (siehe 4.2). Usw.

Finanzierungsquellen wären im Einzelnen:

4.1 Wertschöpfungssteuer

Eine Wertschöpfungssteuer (Straubhaar) soll entwickelt werden, die die wachsende Produktivität von Maschinen, bzw. des IT Bereichs, der Computerisierung und Digitalisierung angemessen für Gemeinwohlaufgaben abschöpfen kann.

4.2 Besteuerung natürlicher Ressourcen/Verschmutzung

Einnahmen aus höherer (Pigou)Besteuerung von fossilen Energieträgern sowie Steuern auf Ressourcenverschwendung/Umweltverschmutzung können in die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit sowie Reformbedingte soziale Härten (Arbeitsverlust, Umschulung...) fließen oder durch Barzahlungen ökologische Zusatzkosten für Haushalte abfedern.³⁴

4.3 Grundrenten und andere Vermögensteuern

Unbedingt müsste Einkommen aus dem Besitz von Grund und Boden höher besteuert werden. Hier könnte die anstehende Grundsteuerreform eine gute Gelegenheit bieten, etwa einer Bodenwertsteuer. Der Zusammenhang zwischen Grundsteuer und Grundeinkommen nach Wikipedia³⁵:

Abschöpfung ökonomischer Renten ([Grundrententheorie](#)). Meist berufen sie sich dabei insbesondere auf die [Physiokraten](#) des 18. Jahrhunderts, auf [Thomas Paine](#), [Thomas Spence](#) und [Joseph Charlier](#) (vgl. Kapitel 9.1 im vorliegenden Artikel), auf den US-amerikanischen Ökonomen [Henry George](#) (1839–1897) oder auf den Sozial- und Geldreformer [Silvio Gesell](#)

³³ Siehe etwa: Blaschke, R. (2.2.2016) Grundeinkommen und Degrowth: Wie passt das zusammen? <https://www.degrowth.info/de/2016/02/grundeinkommen-und-degrowth-wie-passt-das-zusammen/>

³⁴ Zitat aus (Alt, 2018f): “Also elsewhere awareness regarding the link between the ecological and the social exists, e.g. the Report to the Club of Rome (Maxton & Randers, 2016) whose 8th Recommendation suggests to lower the income tax on labour and increase taxation on the use of natural resources or emission instead. Similar, too, the T20 which, on the occasion of the German G20 presidency, proposed to „Translate the ‚carbon dividend‘ [public revenues generated by carbon pricing] into reduced labour taxes for low-income households.“ (Nr.9). A final example is given by Switzerland who itself collects a CO2 tax and distributes directly a “dividend” to each household, that way strengthening the acceptance of higher ecological costs by the citizens (DBK, 2018, S. 72).”

³⁵ (McKinsey & Co., 2015). Siehe auch

https://de.wikipedia.org/wiki/Bedingungsloses_Grundeinkommen#Besteuerung_der_nat%C3%BCrlichen_Ressourcen

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

(1862–1930).^[30] Ein Beispiel für die Rückverteilung einer Ressourcenrente eines Landes an die Bürger in Form einer bedingungslosen Dividende ist der [Alaska Permanent Fund](#). Mit den Renteneinnahmen, so die Verfechter dieses Ansatzes, könnten zunächst die staatlichen Kernaufgaben finanziert und die Fixkosten der [öffentlichen Infrastruktur](#) gedeckt werden. Die darüber hinaus verbleibenden Einnahmen könnten als Grundeinkommen, als [Dividende](#) an die Bürger ausgeschüttet werden.^[31] Im Gegensatz zur Finanzierung eines Grundeinkommens aus Einkommen- oder Konsumsteuern, womit Einkommen (Nutzen) und Arbeit (Aufwand) stärker als bisher schon voneinander entkoppelt würden, würden hier Nutzen und Kosten stärker aneinander gekoppelt: Wer Ressourcen überproportional in Anspruch nimmt, zahlt mehr als er zurück erhält. Wer unterdurchschnittlich nutzt, wird dafür belohnt, bekommt also mehr ausgezahlt als er bezahlt. Beim durchschnittlichen Ressourcennutzer halten sich Steuerzahlung und Grundeinkommen die Waage. Das führe zu einer Teilhabe- und [Ressourcengerechtigkeit](#).^[32] Nach überschlägigen Berechnungen ergäbe bereits eine fünfprozentige Besteuerung des Bodenwerts in Deutschland Einnahmen von 100 Mrd. Euro pro Jahr, also pro Bewohner rund 1.250 Euro.^[33] [Dirk Löh](#) hält für Deutschland ein Grundeinkommen in Höhe von rd. 1.000 bis 2.500 Euro pro Bewohner und Jahr für darstellbar, bei gleichzeitiger Abschaffung u. a. der Mehrwertsteuer. Bei zusätzlicher Abschaffung der umlagefinanzierten Sozialversicherung seien bis zu 7500 Euro pro Kopf und Jahr erreichbar.^[34]

Darüber hinaus sollten weitere Einnahmeoptionen, etwa aus der Bekämpfung von Steuerhinterziehung, aggressiver Steuervermeidung sowie einer angemessenen Besteuerung von privatem und betrieblichem Reichtum zur Finanzierung geprüft werden (Alt, 2018f).

4.4 Besteuerung von Finanztransaktionen

Eine weitere Finanzierungsoption wäre eine umfassende Steuer auf Finanztransaktionen, wie sie die Zivilgesellschaft, in Deutschland etwa die Kampagne Steuer gegen Armut, seit der Finanzkrise 2007/8 fordern.³⁶ Aber eben eine umfassende Steuer, nicht eine löchrige, wie sie aktuell von der deutschen und französischen Regierung gefordert wird. Idealerweise sollten Devisentransaktionen besteuert werden, was aber aktuell in der EU an den Vier Grundfreiheiten scheitert, zu der auch der freie Kapitalverkehr gehört.

5 Realisierbarkeit in Bayern?

Bayern und seine staatstragende Partei samt Grundsatzkommission ist sich aktueller Herausforderungen durchaus bewusst, weshalb sie dereinst unter ihrem damaligen Chef Markus Blume eine Studie zur Zukunft Bayerns bei McKinsey in Auftrag gegeben hat.³⁷ McKinsey legt den Finger auf eine Reihe von Problemen, darunter auch die zu erwartenden Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt, und schlägt eine Reihe von Lösungen vor, auch mit öffentlichen Geldern finanzierte „Anschubinitiativen mit Vorbildcharakter“. Ein BGE ist zwar nicht dabei, wäre aber mit dem Großen und Ganzen der Empfehlungen durchaus anschlussfähig – erst recht, wenn man sich projekt- und modellhaft auf die probeweise Umsetzung der Solidarrente und des Kinder-Grundeinkommens beschränken würde.

Wie hinreichend belegt (Alt, 2016), hat Bayern großes und bislang nicht ausgeschöpftes Potenzial bei der Steuererhebung. Würde das Finanzministerium der seit 2012 durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof angemahnten Personalaufstockung in gebotener Weise nachkommen, würden sich nicht nur durch die verbesserte Durchsetzung geltender Gesetze Mehreinnahmen ergeben, sondern auch durch die durch wahrscheinlichere Kontrollen wachsende Steuerehrlichkeit.

³⁶ <https://www.steuer-gegen-armut.org/>

³⁷ <http://www.sueddeutsche.de/bayern/debatte-ueber-neuausrichtung-csu-will-sich-neu-erfinden-1.2318088>

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

Die Erfahrungen, die in Bayern gesammelt würden, könnten dann auf Deutschland hin ausgewertet und ausgeweitet werden.

6 Literaturverzeichnis

- Alt, J. (2016). *Wir verschenken Milliarden - Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt "Steuergerechtigkeit und Armut"*. Würzburg: Echter.
- Alt, J. (2018f). *Taxation and Transformation: The use and usefulness of Catholic Social Teaching, taxes and tax-related instruments to advance systemic change*. Von Tax Justice & Poverty: <http://tinyurl.com/MaxxTax> abgerufen
- Arbeitskreis Ökonomie und Kirche. (2009). *Solidarische Bürgerversicherung*. Retrieved from Ökonomie und Kirche: <http://www.oekonomie-und-kirche.de/diskussion/BuergerversicherungKurz.pdf>
- Blaschke, R. (11. Januar 2011). *Grundeinkommen - der beste Weg, um Armut auszumerzen. Beispiel: Kindergrundsicherung*. Von Netzwerk Grundeinkommen: <https://www.grundeinkommen.de/29/01/2011/grundeinkommen-der-beste-weg-um-armut-auszumerzen-beispiel-kindergrundsicherung.html> abgerufen
- Bönke, T. (16. März 2017). *Ein Staatsfonds als alternatives Instrument zur Förderung von inklusivem Wachstum*. Von Bundesministerium für Wirtschaft: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/I/inklusive-wachstum-praesentation-boenke.pdf?__blob=publicationFile&v=2 abgerufen
- Bönke, T., Frank, C., & Harnack, A. (Januar 2018). *Die Soziale Dividende: Utopie oder realistische Politikoption?* Von Bertelsmann Stiftung: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/BST_IW21Dividende_08lay.pdf abgerufen
- Borchardt, A. (30. Mai 2016). *Vier Gründe gegen ein Bedingungsloses Grundeinkommen*. Von Süddeutsche Zeitung: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/gesellschaft-und-geld-vier-gruende-gegen-das-bedingungslose-grundeinkommen-1.3010402> abgerufen
- Bund Katholischer Unternehmer. (November 2013). *Aktivierendes Grundeinkommen für mehr Beschäftigung von Geringqualifizierten*. Von Bund Katholischer Arbeitgeber: http://www.bku.de/download?dokument=1&file=83_bkupositionspapier_aktivierendes_grundeinkommen_nov_2013.pdf. abgerufen
- Butterwegge, C. (13. Oktober 2016). *Neoliberaler Kahlschlag - Grundeinkommen wäre das Ende des Sozialstaats*. Von 3Sat: <https://www.3sat.de/page/?source=/makro/magazin/doks/189268/index.html> abgerufen
- Corneo, G. (Mai 2017). *Ein Staatsfonds, der eine soziale Dividende finanziert*. Von Freie Universität Berlin: http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCS_derivate_000000008231/discpaper2017_13.pdf;jsessionid=F506B855A7E0BABF6CCA8B0F4692763D?hosts=abgerufen
- IMK. (2017). *Was tun gegen die Ungleichheit - Wirtschaftspolitische Vorschläge für eine reduzierte Ungleichheit*. Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.
- Katholische Arbeitnehmerbewegung. (Mai 2008). *Garantiertes Grundeinkommen: Kriterien, Umsetzungsschritte, Zielsetzungen, Rahmenbedingungen*. Von Katholische Arbeitnehmerbewegung: https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/Grundeinkommen_KAB_Position_.pdf abgerufen

Skizzen, noch nicht ausgearbeitet. Nicht zur Zitierung freigegeben!

- Lee, K.-F. (2018). *AI Superpowers: China, Silicon Valley, and the New World Order*. Amazon Kindle.
- McKinsey & Co. (2015). *Bayern 2025: Alte Stärke, neuer Mut*. McKinsey Media Group.
- Pontifical Council for Justice & Peace. (2005). *Compendium of the Social Doctrine of the Church*. Rome: Libreria Editrice Vaticana.
- Randers, J., & Maxton, G. (2016). *Ein Prozent ist genug. Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen*. München: Oekom.
- Sandel, M. J. (19. Mai 2018). "Die Eliten begehen den Fehler zurückzuschimpfen". *Der Spiegel*, S. 118-121.
- Schneiders-Adams, L. (Mai 2007). *Das Rentenmodell der Katholischen Verbände - Kurzfassung der Ergebnisse der ifo-Studie*. Von http://www.lasst-euch-nicht-verarmen.de/mm/mm001/ifo-Studie_Ergebnisse_05-2007.pdf abgerufen
- Straubhaar, T. (1. Dezember 2016). *Jetzt ist es Zeit für ein Bedingungsloses Grundeinkommen*. Von Die Welt: <https://www.welt.de/wirtschaft/article159890901/Jetzt-ist-es-Zeit-fuer-ein-bedingungsloses-Grundeinkommen.html> abgerufen
- Strengmann-Kuhn, W. (2007). *Finanzierung eines Bedingungslosen Grundeinkommens durch eine "Basic Income Flat Tax"*. Von <http://docplayer.org/10904716-Finanzierung-eines-grundeinkommens-durch-eine-basic-income-flat-tax.html> abgerufen
- WBGU. (2016). *Sondergutachten Entwicklung und Gerechtigkeit durch Transformation: Die vier großen I*. Von Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen: https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu.de/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sg2016/wbgu_sg2016.pdf abgerufen